

Initiativen der KPÖ

Gemeinderatssitzung am 20.05.2021

Fragen

Gewaltschutzgipfel	Mag.a Sahar Mohsenzada
Findungskommission Intendanz Schauspielhaus	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Erhaltenswerte Gebäude in Graz	Manfred Eber
Dienstzulagen – Grazer Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen	Horst Alic

Anfragen

Medienkampagne Frauenschutz	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Versiegelung	Manfred Eber
Breitbandinternet	Elke Heinrichs
Bäume in Graz gepflanzt	Kurt Luttenberger
Luftreiniger für Schulklassen	Dr. Hans Peter Meister
Öffentliche Parkanlage im Bezirk Gösting	Christian Sikora
Kunst- und Kulturleitsystem	Christian Sikora

Anträge

Schutz der Grazer Bäume	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Geschlechtersensibilität	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Damen-Toiletten auf öffentlichen Sportplätzen	Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther
Hygiene Marktstandbereich	Elke Heinrichs
Patentfreigabe für Covid	Dr. Hans Peter Meister
Bäderpreise	Christian Sikora
Unterführungen Lichtquellen	Christian Sikora

Dringliche Anträge

Arbeitslosengeld erhöhen	Kurt Luttenberger
Maßnahmen für leistbares, menschenwürdiges und bedürfnisgerechtes Wohnen in Graz	Manfred Eber



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Sahar Mohsenzada

Dienstag, 18. Mai 2021

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 20. Mai 2021

An Frau Stadträtin Mag.a Judith Schwentner

Betrifft: **Gewaltschutzgipfel**

Sehr geehrte Frau Stadträtin,

ich habe seitens des KPÖ-Gemeinderatsklubs am 3. Juli 2020 einen Antrag gestellt. Am Petitionsweg sollte an den Bundesgesetzgeber herangetreten werden, um sich für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- a) Eine sofortige finanzielle und personelle Aufstockung der Frauen-Helpline sowie
- b) die finanziellen Förderungen im Bereich der Gewaltprävention massiv aufzustocken.

Auf die Initiative wurde mir geantwortet, dass die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz es genauso sehen würden und dass das städtische Referat für Frauen und Gleichstellung einen Grazer Gewaltschutzgipfel planen würde. Details darüber wollte man im entsprechenden Ausschuss vorstellen. Leider ist dies bis heute nicht passiert. Der letzte Grazer Gewaltschutzgipfel fand am 15. Juli 2015 statt.

Deswegen stelle ich Ihnen, sehr geehrte Frau Stadträtin, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Wann wird der angekündigte Grazer Gewaltschutzgipfel nun stattfinden?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Dienstag, 18. Mai 2021

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 20. Mai 2021

An Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler

Betrifft: Findungskommission Intendanz Schauspielhaus

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

am Schauspielhaus tut sich etwas. Das liegt nicht nur daran, dass nach der Corona-Zwangspause nun die Vorstellungen ab 19. Mai wiederbeginnen. Die derzeitige Intendantin wird nach Ende ihrer Vertragslaufzeit im Sommer 2023 ans Deutsche Theater Berlin wechseln.

Damit das Team für das Schauspielhaus rechtzeitig neu zusammengestellt werden kann, muss nun für Graz bald eine neue Intendanz gesucht werden. Die ersten Schritte im Findungsprozess sind die Erarbeitung der Ausschreibung sowie die Berufung einer Findungskommission mit Expert:innen. Dass dieser Kommission Profis aus dem Kulturbetrieb angehören sollen, ist gut. Eine wichtige Ergänzung wäre jedoch die Erweiterung der Kommission um Mitglieder aus der Mitarbeiterschaft des Schauspielhauses – eine Praxis, wie sie andernorts im Sinne von Transparenz und Partizipation immer mehr etabliert wird, um den flüssigen Übergang in eine neue Theaterperiode zu erleichtern und auch die Perspektive und Expertise der künstlerischen Mitarbeiter:innen einfließen zu lassen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher die folgende

Frage

Sind Sie bereit, Mitarbeiter:innen des Schauspielhaus Graz in die Findungskommission für die neue Intendanz mit aufzunehmen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 18. Mai 2021

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 20. Mai 2021

An Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Erhaltenswerte Gebäude in Graz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Jahre 2010 wurde ein Dringlicher Antrag der ÖVP zum Thema "schutzwürdige Grazer Bau- und Flächensubstanz" einstimmig angenommen. Dabei ging es um die Auflistung von schutzwürdigen Objekten, also über denkmalgeschützte Gebäude hinaus. Ziel war die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, aber auch der politisch Verantwortlichen. 2016 wurde ein ähnlicher Antrag von unserem Kollegen Andreas Fabisch ebenso einstimmig beschlossen.

Gleichzeitig müssen wir leider sehen, dass in den letzten zehn Jahren rund 180 Gebäude abgerissen wurden, die von der "SOKO Altstadt" als schützenswert eingestuft wurden. In den letzten Wochen wurden beispielsweise die Objekte Schörgelgasse 6 und Lendkai 93 abgerissen, um Platz für Neubauten zu schaffen.

Daher darf ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende Frage an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister richten.

Frage

Welche konkreten Maßnahmen sind von Ihrer Seite geplant bzw. angedacht, um erhaltenswürdige Objekte besser zu schützen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Horst Alic

Dienstag, 18. Mai 2021

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am Donnerstag, 20. Mai 2021

An Herrn Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: Dienstzulagen Grazer Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

die Dienstzulage für Leiter:innen von Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen wurde vom Dienstgeber und der Gewerkschaft neu verhandelt. Diese neue Dienstzulagenverordnung betrifft jedoch nur zukünftige, neu bestellte Leiter:innen. Alle schon bestehenden Leiter:innen werden weiter nach dem ehemaligen Zulagensystem bezahlt.

Der Unterschied besteht darin, dass nach der alten Regelung pauschal abgegolten wurde, jetzt wird nach Gruppen berechnet. Das bedeutet allerdings, dass Kolleg:innen, die schon Jahre gute Arbeit im Dienste der Stadt leisten, meist sogar weniger bekommen, als Leiter:innen, die neu einsteigen und mehrgruppige Einrichtungen haben. Das ist eine nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung und Geringschätzung der Leistungen bereits aktiver Leiter:innen!

Deshalb stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage

Sind Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, bereit, die Schlechterstellung der aktiven Kolleg:innen gegenüber den Neuangestellten auszugleichen und somit den Wert ihrer Arbeit auch entsprechend anzuerkennen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 20. Mai 2021

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Medienkampagne zur Bekanntmachung von Opferschutz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Gewalt gegen Frauen ist keine Nischenproblematik. Das zeigt sich nicht zuletzt dadurch, dass alleine im Jahr 2021 bereits 11 Femizide in Österreich stattgefunden haben. Von körperlicher wie psychischer Gewalt betroffen sind jedoch viel mehr Frauen.

Die Stadt Graz unterhält zu deren Schutz Einrichtungen. Das Frauenhaus ist ein solch wichtiger Zufluchtsort für Frauen, die sich nur durch Distanz der Gewaltausübung entziehen können. Trotz guter Kommunikation und Web-Platzierung der Telefonnummer, geben immer wieder von Gewalt betroffene Frauen an, dass sie sich schon viel früher an Schutzeinrichtungen gewandt hätten, hätten sie von dem Angebot gewusst.

Die Stadt Graz sollte zur Prävention von Gewalt an Frauen und der Femizide daher alles daransetzen, die Helpline bekannter zu machen. Auch eine Kampagne zur Steigerung der Bekanntheit der Frauenhäuser mittels Flyern in Einkaufswagen war schon einmal sehr erfolgreich, viele Frauen zu erreichen. Doch solche Kampagnen sind personalaufwändig und sind aus dem Budget der Einrichtungen nicht zu bezahlen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, die Grazer Opferschutzeinrichtungen für Frauen (u.a. Frauenhaus) bei einer Medienkampagne zur Steigerung der Bekanntheit finanziell und durch Beiziehung der städtischen Medienabteilung zu unterstützen?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 20. Mai 2021

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Versiegelung in Graz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

im Jahr 2020 wurden in Graz Flächen im Ausmaß von 53,6 Hektar zubetoniert, bepflastert oder asphaltiert. Umgerechnet sind das 1.470 m² die jeden einzelnen Tag versiegelt wurden. Das entspricht 1,4 Fußballfeldern pro Woche.

Trotz aller politischen Bekundungen zu mehr Grün und weniger Versiegelung, stellte das Jahr 2020 die vorangegangenen Jahre bei Weitem in den Schatten: Es wurde 2,5-mal mehr zuvor unversiegelter Boden bebaut als im Jahr 2019.

Die Zahlen sprechen für sich und sind höchst alarmierend. Und diese Zahlen stammen vom Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen, welches jährlich die 30 Benützungskategorien, die im Grundbuch verzeichnet sind, nach Katastralgemeinde aufbereitet. Diese Datengrundlage verwenden unter anderem das Landwirtschaftsministerium sowie das Umweltbundesamt zur Erhebung des österreichweiten Versiegelungsgrades. Zur Berechnung werden die einzelnen Benützungskategorien jeweils einer Gewichtung unterzogen (z.B.: Gebäude gelten als 100% versiegelt, Freizeitanlagen zu 20%)¹.

Selbstverständlich gibt es auch noch andere Methoden, um die Bedeckung des Bodens zu berechnen. Auch Satellitenfotos oder Orthofotos können dafür herangezogen werden, wie es auch in der stadt-eigenen Publikation „Reale Abbildung der Stadtentwicklung Graz. 1945 – 2015“ der Fall war. Aber auch hier gibt es Mängel, da beispielsweise zwischen begrünten Dächern und Vegetation schwer unterschieden werden kann; dasselbe gilt auch für umgepflügte Äcker.

Dennoch wurde mehrmals die Datengrundlage kritisiert, die von der KPÖ Graz in die Diskussion um Versiegelung eingebracht wurde.

¹ [Bundesland \(umweltbundesamt.at\)](http://www.umweltbundesamt.at)

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Ist es aus Ihrer Sicht, sehr geehrter Herr Bürgermeister, legitim, den Versiegelungsgrad auf Datengrundlage der Regionalinformation des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen sowie unter Einbeziehung der vom Umweltbundesamt getroffenen Gewichtung der im Grundbuch angegebenen Benutzungsarten zu berechnen?

Wenn nein, welche Daten wären aus Ihrer Sicht für eine öffentliche Diskussionen heranzuziehen bzw. können Sie beantworten, in welchem Ausmaß Flächen in Graz seit dem Jahr 2012 jährlich versiegelt (betoniert, asphaltiert, bepflastert) wurden?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 20. Mai 2021

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Glasfasernutzung kann CO₂-Emissionen senken.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Eco-Austria und das Fraunhofer Institut präsentieren Forschungsergebnisse im Auftrag von A1. Die These lautet: „Mehr Breitbandnetz in Form der Nutzung von Glasfasertechnik hat einen signifikanten Effekt auf CO₂-Emissionen im Sinne von CO₂-Einsparung.“

Schwierig zu berechnen seien sogenannte Rebound-Effekte, wenn nämlich eine neue Technologie (5G) einen nächsten verstärkten Nutzungsschub auslöst, was zur Folge hätte, dass erfolgte Stromersparungen wieder zunichtegemacht werden. Breitbanddienste hätten laut Studie zwischen 2002 und 2019 in Österreich zu Einsparungen von sieben Millionen Tonnen CO₂ geführt.

Durch den Betrieb von 5G werden die Datenmengen exponentiell ansteigen und damit wiederum der Stromverbrauch. A1 will auf Basis dieser Studien - laut eigenen Angaben - den eigenen CO₂-Fußabdruck bis 2030 auf null reduzieren.

Gemeinderat Dr. Hans Peter Meister fragte Herrn Stadtrat Dr. Günter Riegler am 4.11.2020 nach der „Breitbandoffensive der Citycom-Policy“ und erhielt schriftliche Beantwortung:

„Der Breitbandausbau unterliegt einem stringenten betriebswirtschaftlichen Auftrag und wird nur nach wirtschaftlichen Kriterien genehmigt. Das Stadtgebiet von Graz fällt derzeit nicht in den Förderbereich (...) auch weil die eventuell förderbaren Gebiete zu dünn besiedelt sind. (...) Im derzeitigen Programm der Bundesregierung ist die Anhebung des Fördersockels vorgesehen, sobald dies zur Umsetzung gelangt, wird die Citycom die Fördermodelle prüfen und nützen.“

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Wird das Haus Graz die oben zitierte Studie von Eco-Austria und Fraunhofer Institut hinsichtlich der E-Effizienz durch Nutzung von Glasfaserkabel positiv zur Kenntnis nehmen (versus „stringenter betriebswirtschaftlicher Auftrag“!?) und werden die Schlussfolgerungen dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden?



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 20. Mai 2021

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: **Bäume in Graz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

seit rund einem Jahr berichten manche Medien über den „grünen Fortschritt“ in unserer schönen Landeshauptstadt. So werden und sollen Jahr für Jahr rund 850 Bäume neu (nach)gepflanzt werden. Natürlich, alles besser als gar nichts. Die zweitgrößte Stadt Österreichs muss sich jedoch viel ambitioniertere Ziele setzen. Vorschlag: 200 Bäume pro Monat in den Kernzonen. Um genauere Daten abfragen zu können, ist es notwendig, regelmäßig unseren Baumkataster abzugleichen und nachzurechnen wie viele Bäume „netto“ bei Nachpflanzungen übrigbleiben.

Fakt ist, dass viele unser grünen Freunde krankheitshalber gefällt werden müssen und dass Wohnbauträger sowie viele Privatpersonen die zukünftigen ökologischen Herausforderungen schlicht ignorieren und viele Bäume aus dem Weg schaffen, die ihre baulichen Erweiterungsabsichten stören.

Hier sollte alle sechs Monate evaluiert werden, um UNS ALLEN den aktuellen Überblick und geeignete Lenkungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Wie viele Bäume wurden im Grazer Stadtkerngebiet 2019 und 2020 gepflanzt und wie viele Baumfällungen stehen dem gegenüber?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Dr. Hans Peter Meister

Donnerstag, 20. Mai 2021

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Luftreiniger für Grazer Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Coronapandemie ist leider noch nicht vorbei. Expert:innen sind der Meinung, dass uns das Virus noch geraume Zeit begleiten wird. Erfreulicherweise werden derzeit bereits Impfstoffe für Jugendliche ab 12 Jahren zugelassen. Aber die Altersgruppe bis 10 Jahre hat derzeit noch keine Aussicht auf Impfschutz. Diese Altersgruppe besucht städtische Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen und deshalb sollte über flankierende Maßnahmen nachgedacht werden, um das Ziel virusrobuster Kindergärten und Schulen zu erreichen (Bildungsminister Heinz Fassmann, Der Standard, 17. 5. 2021).

Die Übertragung des Coronavirus erfolgt in erster Linie über Aerosole, also über die Luft. Das wurde zu spät erkannt: »Wir hätten viele Menschen retten können, wenn die Übertragung auf dem Luftweg früher anerkannt worden wäre« (Yuguo Li) und »Wenn wir nur halb so viel Geld in die Belüftung investiert hätten wie in die Oberflächendesinfektion, wäre das schon enorm« (Jose-Luis Jimenez) (beide Zitate aus Nature, deutsch spektrum.de 8.4.2021).

Ein regelmäßiger Austausch der Raumluft – Experten geben einen Richtwert von 6x stündlich an – trägt wesentlich zur Minimierung des Ansteckungsrisikos in geschlossenen Räumen bei.

Verschiedene Möglichkeiten dazu stehen zur Verfügung

1.) Lüften über geöffnete Fenster als billigste Methode

Leider haben Studien, die erst seit kurzem verfügbar sind, die Effizienz in Frage gestellt. Das Team um Wang hat sich in einer bislang unveröffentlichten Studie damit beschäftigt, wie Schulen belüftet sein müssen, um ein Infektionsrisiko zu reduzieren. Dazu untersuchten die Forscher drei Schulen in Montreal. Sie fanden heraus, dass in einem Klassenraum mit 20 Kindern und einer Lehrkraft trotz geöffneter Fenster nicht einmal die Hälfte der Luft pro Stunde ausgetauscht werde. In

ähnlichen Räumen mit Lüftungsanlage wurde die Raumluft immerhin zweimal pro Stunde komplett ausgetauscht. Auch diese Rate reiche nicht aus, um der Pandemie Einhalt zu gebieten. Laut Wang müsse die Luft in Innenräumen mindestens drei- bis achtmal pro Stunde ausgetauscht werden. Erst dann würde ein infizierter Mensch weniger als einen anderen Menschen anstecken, der R-Wert also unter 1 sinken. (Spektrum.de)

2.) Optimierung der Lüftungsintervalle mittels CO₂-Sensoren

Die Qualität der Raumluft kann über die CO₂ Konzentration geschätzt werden. Eine Korrelation von hoher CO₂-Konzentration und erhöhter Aerosoldichte wird von vielen Experten vorausgesetzt. Durch die Installation und regelmäßige Beobachtung der CO₂-Sensoren können Lüftungszeitpunkte und Intervalle optimiert werden. (siehe auch Konzept der AG Gesundheit/Infektionskurve und der AG Psychosoziales der COVID-19 Future Operations Plattform) CO₂-Sensoren sind zudem billig.

In Taiwan, Norwegen und Portugal ist die CO₂-Konzentration in Räumen per Gesetz auf 1000 ppm limitiert. Studien aus Kalifornien und Madrid zeigen, dass dieser Wert in Klassenzimmern jedoch regelmäßig überschritten wird. Wo die Werte hoch sind, fällt es den Menschen schwer, sich zu konzentrieren, außerdem gibt es mehr Krankheitstage. CO₂-Limits könnten laut Jimenez dazu beitragen, dass eine ausreichende Belüftung zur Reduktion des Infektionsrisikos sichergestellt ist. In seiner Arbeit schlägt er einen generellen Grenzwert von 700 ppm vor (spektrum.de).

3.) Lüftungsanlagen

Einen regelmäßigen und umfassenden Austausch der Raumluft lässt sich mit Lüftungsanlagen, die man zudem auch mit Wärmetauschern zur Energierückgewinnung ausstatten kann, erzielen.

Leider sind diese Anlagen bei der Nachrüstung älterer Gebäude teuer. Bei der Errichtung neuer Schulen und Kindergärten wäre der obligate Einbau derartiger Anlagen sicher der Königsweg, der sich auch bei der Vermeidung der Übertragung anderer Erkrankungen (z. B. Influenza) positiv auswirken würde.

4.) Luftreiniger

Die Verwendung von Luftreinigern unterschiedlichster Bauart ist eine kostengünstige Möglichkeit, die Viruslast zu vermindern. Allerdings rufen manche Produkte eine störende Lärmbelastung hervor.

Mobile Luftreinigungsgeräte wären eine Energie sparende Alternative, sagt Kähler. Sie könnten Viren herausfiltern und seien leicht aufzustellen. Bluysens Team hat Luftreiniger getestet und festgestellt, dass die mobilen Geräte die Viren teilweise besser herausfiltern als fest verbaute Klimaanlage (spektrum.de).

Diese neuen Erkenntnisse sind in vielen Ländern schon praktisch angewendet worden: So hat z.B. Deutschland im Oktober 2020 500 Millionen Euro in die Verbesserung der Belüftung öffentlicher Gebäude wie Schulen, Museen und Ämter investiert. Geschäfte in Deutschland oder auch in Südkorea können zudem staatliche Mittel beantragen, um mobile Luftreinigungsfilter anzuschaffen.

In Österreich hat etwa die Stadt Traiskirchen im Februar alle städtischen Schulen und Kindergärten mit UV-Luftreinigern und CO₂ Sensoren ausgestattet.

In der Empfehlung „Weiterentwicklung des Monitorings der COVID-19-Pandemie an Österreichs Schulen“, Konzept der AG Gesundheit/Infektionskurve und der AG Psychosoziales der COVID-19 Future Operations Plattform findet sich abschließend folgender Absatz:

Zudem gilt in allen Fällen, dass ein geeigneter Mix an unterstützenden Luftreinigungsmaßnahmen “bottom-up” an den Schulen durchgeführt werden sollte, um die virale Aerosol-Belastung möglichst gering zu halten. Ein mobiler Raumluftreiniger ist als einfach realisierbare Maßnahme aufbauend etwa auf den Erfahrungen der Deutschen Bundeswehr empfehlenswert. Im Idealfall kann ein solches Gerät die Viruslast soweit vermindern, dass indirekte Infektionen kaum mehr möglich sind. Zudem ist neben der Beschaffung und Finanzierung von Luftreinigern die Kreativität der Schulseitigen (Crowd-Sourcing) ein signifikantes Element, das genutzt werden sollte. Schülerinnen und Schüler wie auch Schulpersonal und Elternvereine können auf diese Weise aktiv und selbstwirksam in die gemeinsame Anstrengung eingebunden werden, die Schule sicher offen zu halten. Beispielhaft sei die Anschaffung von CO₂-Sensoren genannt. Hier wird einfach und kostengünstig die akute Aerosolbelastung durch die Proxy-Variable Kohlendioxid angenähert, und in der praktischen Umsetzung werden wiederum Eigeninitiative und Selbstwirksamkeit gefördert, da Schüler*innen selbständig die Sensor-Werte monitoren und entsprechende Maßnahmen umsetzen und evaluieren können (optimales Lüftungs-Schema), idealerweise sogar mit Einbindung in den fachlich passenden Unterricht (Sachunterricht, Physik, Mathematik, usw.).

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich frage Sie deshalb, ob Sie die zuständigen Ämter der Stadt motivieren werden, die neuen Erkenntnisse bezüglich Raumluft und Verbesserung derselben zur Kenntnis zu nehmen, um geeignete und an die jeweiligen Einrichtungen angepasste Konzepte der Luftreinigung an Grazer Schulen und Kindergärten zu entwickeln und umzusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 20. Mai 2021

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Öffentliche Parkanlage im Bezirk Gösting

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
im Bereich der Wiener Straße, Schippingerstraße und Viktor-Franz-Gasse im Grazer Bezirk Gösting wird im FLÄWI ein öffentlicher Park ausgewiesen. Nach Recherchen vor Ort konnte ich keinen Zugang zu dieser Fläche entdecken. Nach Rückfrage mit der Abteilung für Grünraum wurde mir die Antwort übermittelt, dass es sich gemäß Flächenwidmungsplan um eine ausgewiesene Vorbehaltsfläche mit dem zukünftigen Verwendungszweck einer Öffentlichen Parkanlage handelt, welche sich im Eigentum des Elektrizitätswerks Gösting V. Franz GmbH befindet. Ebenso ist die Privatstraße (zwei Grundstücke 2170/1 und 2170/, KG 63104 Lend) im Eigentum des Elektrizitätswerks Gösting, die bereits jetzt diese Fläche an das öffentliche Straßennetz der Wiener Straße anbindet.

Sollte die Elektrizitätswerks Gösting V. Franz GmbH. das Grundstück verkaufen, müsste im Zuge der Vertragsverhandlungen die Privatstraße ebenso mitverhandelt werden. Eine zweite Zugänglichkeit soll von Osten über die Augasse und weiter über die Eiswerkergasse mittels einer Brücke erfolgen. In der Verordnung des 4.0 Flächenwidmungsplanes wird zur Vorbehaltsfläche ausgeführt: Durch eine neu zu schaffende Zugänglichkeit von der Eiswerkergasse aus verfügt sie über eine gute Erreichbarkeit für die anliegende Wohnbevölkerung. Nachdem im gesamten Bezirk Gösting Parkanlagen sehr spärlich vorhanden sind und es auch einen Bevölkerungszuwachs im Bezirk gibt, wäre gerade in Bezirkszentrumsnähe eine öffentliche Parkanlage für die erholungssuchende Bevölkerung besonders wertvoll.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

- 1.) Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen mit der Elektrizitätswerks Gösting V. Franz GmbH?**
- 2.) Bis wann rechnen Sie mit einer Öffnung der Parkanlage für die Bevölkerung?**



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 20. Mai 2021

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Umsetzung Kunst- und Kulturleitsystem

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

„Wo geht's denn hier zum Schloßberg rauf?“

Das ist eine oft gestellte Frage von Leuten, die unsere Stadt besuchen, wenn man sich in der oberen Sporgasse befindet. Und diese Frage steht exemplarisch für viele, die in unserer Stadt nach Museen und Sehenswürdigkeiten Ausschau halten wollen, jedoch nur schwer finden.

Im Zuge der „SteiermarkSchau“ ist es gelungen, in der Stadt Wegweiser zu den einzelnen Ausstellungsorten aufzustellen. Wann wird endlich dauerhaft die Installierung eines Kunst- und Kulturleitsystems in unserer Stadt durchgeführt?

Die verantwortlichen Geschäftsführer:innen der Grazer Museen versuchen zwar mit eigenen Mitteln, auf ihr Museum aufmerksam zu machen. Ein gut erkennbares und einheitliches Kunst- und Kulturleitsystem sowie eine attraktive Gestaltung der Hinweistafeln wären jedoch wesentlich effektiver, um Besucher:innen eine Orientierungshilfe in unserer Stadt zu geben. Seit Jahren ist das Kunst- und Kulturleitsystem ein Anliegen der KPÖ.

Im Jahr 2018 kam die erhoffte positive Nachricht: „Ein Kunst- und Kulturleitsystem für Graz soll kommen“. Doch trotz Gemeinderatsbeschluss von Juni 2018 sowie der vom Stadtsenat beschlossene Zuschlag an „buero bauer“ ist von einer Orientierungshilfe weit und breit keine Spur zu finden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

Anfrage

Wann ist mit einer Umsetzung des vom Gemeinderat beschlossenen Kunst- und Kulturleitsystems zu rechnen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag

Betrifft: **Schutz der Stadtbäume**

„Jeder dritte Baum in der Stadt ist gefährdet“, sagt der Leiter der Abteilung Grünraum, Robert Wiener, nachdem einer der letzten großen Bäume am Lendplatz dem Wind zum Opfer gefallen war. Als Ursachen nennt er a) Belastungsdruck auf die Wurzeln, b) Wassermangel und c) Schäden durch Salzstreuung.

In einer durch Feinstaub und mit verstärkter Hitzebildung belasteten Stadt wie Graz ist der Schutz alter Bäume extrem wichtig. Denn Nachpflanzungen können – abgesehen vom Kostenfaktor – nie in gleicher Größe stattfinden.

Allen drei von Robert Wiener genannten Faktoren könnte beigegeben werden:

- a) Belastungsdruck könnte durch die Vergrößerung von Baumscheiben vermieden werden;
- b) die Vergrößerung der Baumscheiben ermöglicht eine bessere Bewässerung. In anderen Städte werden Stadtbäume zudem regelmäßig gegossen und
- c) ökologisch verträgliche Streumittel wie etwa Gurkenwasser schädigen Bäume nicht, haben aber eine gleich gute Tauwirkung.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag

Die Abteilung Grünraum möge in Zusammenarbeit mit der Holding Graz ein Schutzpaket zum Erhalt von alten Stadtbäumen schnüren, das vorsieht:

- a) Vergrößerung von Baumscheiben, wo das möglich ist.**
- b) Gießen von Stadtbäumen mit Murwasser.**
- c) Einsatz von ökologisch verträglichen Streumitteln.**



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag

Betrifft: Projektstage zur Geschlechtersensibilität

Gewalt gegen Frauen ist kulturell bedingt. Allerdings liegt die Ursache nicht, wie Frauenministerin Raab schwerpunktmäßig diskutiert, in der „importierten“ Kultur von Frauenfeindlichkeit. Die kulturellen Ursachen liegen in einer hierzulande weit verbreiteten Kultur der Toleranz toxischer Männlichkeit, patriarchaler Besitzansprüche und der Nichtbehandlung geschlechtersensibler Thematiken.

Damit sich Geschlechterbilder nachhaltig ändern und damit Femiziden und anderen Gewaltausbrüchen gegen Frauen vorgebeugt werden kann, soll am besten schon im Kindes- und Jugendalter die Sensibilisierung für zum Teil antrainierte Verhaltensweisen beginnen. In Graz bieten Institutionen wie **Vivid** oder **Liebenslust** bereits jetzt Workshops für Schulen zu diesem Themenkreis an. Jedoch obliegt es der Schule, diese Workshops zu buchen, mühsam ins dichte Curriculum zu integrieren und von knappem Budgetmitteln zu finanzieren. Die Stadt Graz würde ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen setzen, wenn solche Workshops oder Projektstage zur Geschlechtersensibilität bei voller Ausfinanzierung verpflichtend für alle Unterstufenklassen angeboten würden.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag

Zur Prävention gegen Gewalt an Frauen sollen in allen Grazer Unterstufen Workshops/Projektstage zum Thema Geschlechtersensibilität stattfinden, die von renommierten externen Institutionen angeboten werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Dipl.-Museol. (FH) Christine Braunersreuther

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag

Betrifft: Toiletten auf öffentlichen Sportplätzen

Im Rahmen des Sportjahres soll auch der Breitensport gefördert werden. Damit auch jene Bewohner:innen die Möglichkeit erhalten, Sport zu treiben, die sich keinem Verein anschließen wollen, werden öffentliche Sportplätze ausgebaut und neue Trainingsflächen geschaffen.

Leider sind diese Plätze nicht für alle Bewohner:innen geeignet. Einer der Hauptgründe dafür, dass sich auf öffentlichen Sportplätzen so gut wie keine Mädchen und Frauen aufhalten, liegt im Fehlen von öffentlichen Toiletten. Denn sie können und wollen nicht, wie es viele Buben und Männer gezwungenermaßen tun, einfach in die Büsche pinkeln.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag

Im Rahmen des Sportjahrs sollen auf oder bei allen öffentlichen Sportplätzen (Damen-)Toiletten installiert werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag

Betrifft: Hygiene Marktstandbereich

Am Rande unserer Tätigkeit am Informationsstand wird sehr häufig seitens der Marktbesucher:innen beklagt, dass diese in der letzten Zeit mehr als unappetitliche Gegebenheiten vorfinden, wenn die Damen und Herren in aller Frühe an ihrem Standplatz ankommen: Es ist scheinbar durchaus üblich, dass diese öffentlichen Plätze als „öffentlicher Ort zur Bedürfnis-Erleichterung“ benützt werden. Auch werden die Marktplätze leider stark vermüllt. Am Beispiel des Hofbauerplatzes in Eggenberg wurden mir vergangenen Samstag am Vormittag von mehreren Marktbesucher:innen an den schrägen Betonpfeilern die riesigen eingetrockneten Urinflecken gezeigt. Sie beklagen natürlich den scharfen Gestank derselben und beschwerten sich darüber, dass sie ihre Waren, welche von uns Kund:innen letztlich verzehrt werden, unmittelbar an solchen Orten auflegen und anbieten müssen. Auch die Tische mit ihren steinernen Platten werden stark verschmutzt vorgefunden und müssen erst abgeräumt sowie gereinigt werden. Man wünscht sich daher, dass die Marktfläche unter der Überdachung, sowie die Steintische unbedingt zumindest immer wieder abgespritzt werden!

Am Hofbauerplatz kommt außerdem noch ein zweites gravierendes Problem hinzu: Die öffentliche Toilette, welche den Marktbesucher:innen im Hausdurchgang Franz Steiner-Gasse zur Verfügung steht, ist leider auch recht verschmutzt. Zudem wird weder Seife noch Desinfektionsmittel nachgefüllt.

In Summe wird die Gesamtsituation als sehr unappetitlich und unhygienisch empfunden, was auch letztlich von der Grazer Kundschaft nur so eingeschätzt werden kann.

Antrag

Da die beschriebenen unhygienischen Zustände eine Zumutung sind, sollte mit der großen und dringenden Bitte aller Betroffenen auf schnellstem Wege Abhilfe bezüglich der geschilderten Missstände durch entsprechend fachmännische Reinigung des Marktplatzes und des WCs bzw. Bestückung des WCs mit ausreichend Hygieneartikel seitens der Holding Graz geschaffen werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Dr. Hans Peter Meister

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag

Betrifft: Patentschutz Corona-Impfstoff freigeben

die Dringlichkeit für die Stadt Graz ergibt sich aus der Tatsache, dass auch für die Bewohner dieser Stadt die Pandemie erst beendet sein wird, wenn sie weltweit beendet ist. Die Aussetzung des Patentschutzes ist die logische Konsequenz aus der Unfähigkeit der Pharmaindustrie die erforderlichen Mengen an Impfstoff ausreichend schnell zur Verfügung zu stellen. In vielen Ländern wie z.B. in Indien, Nigeria oder Südafrika gibt es Hersteller, die bereits jetzt Impfstoffe mit höchsten Qualitätsstandards erzeugen und deren Produktionsstätten in 3-6 Monaten umgerüstet werden könnten und damit die globale Impfstoffmenge vervielfachen würden. Wir dürfen nicht vergessen: Es geht um bis zu 14 Milliarden Impfdosen.

Zudem: Die Pharmaindustrie hat massiv öffentliche Gelder zur Entwicklung der Impfstoffe erhalten. Die BBC gibt die unglaubliche Summe von 125 Milliarden Euro an Staatsgeldern an, die weltweit geflossen sein sollen. In den USA 10 Milliarden Dollar in das Projekt Warp Speed, davon 1,95 Milliarden an Pfizer-Biontech und 2,5 Milliarden an Moderna. Von dieser Summe ist 1 Milliarde für die Forschung zur Verfügung gestellt worden. Das amerikanische Wissenschaftsmagazin Scientific American nimmt an, dass der Großteil der Forschung staatlich finanziert worden sei.

In Deutschland wurden laut ZDF vom Februar 2021 750 Millionen Euro Steuergelder in die Impfstoffentwicklung gesteckt, davon 375 Millionen an Biontech, 252 Mio. an Curevac und 114 Mio an IDT Biologica. Das Deutsche Managermagazin hat im Sommer 2020 getitelt, dass die Aufgabe der Coronaimpfstoffentwicklung und dessen Produktion ohne massive Staatshilfe nicht bewältigt werden könne.

Wir unterstützen diese öffentlichen Subventionen, die – wohlgermerkt - nie zurückerstattet werden müssen. Aber sind die Lieferschwierigkeiten und Engpässe bei der Verteilung der Impfstoffe nicht darauf zurückzuführen, dass die Regierungen den Pharmafirmen die Oberhoheit über den Prozess der Distribution überlassen haben?

So zeigt die Geschichte der Entwicklung der Covid-19-Impfstoffe einmal mehr, dass öffentliche Investitionen der zentrale Hebel zum raschen Erfolg sind – und gerade nicht das Patentsystem, das die Hersteller für ihre Investitionsrisiken im Erfolgsfall nachträglich entschädigen soll. An der Entwicklung der Impfstoffe entpuppt sich die Behauptung als Märchen, dass Patente in einem kapitalistischen System den zentralen Anreiz zur Produktion neuen Wissens und neuer Produkte darstellen. Dennoch wird die Legende zumindest in Österreich weitergesponnen.

Aber um was geht es? Wie Laura Leyser, Geschäftsführerin von Ärzte ohne Grenzen Österreich ausführt: „Das Tempo und der Umfang der Impfstoffproduktion muss dramatisch erhöht werden. Würde der Kampf gegen die Pandemie nach gesundheitlichen statt marktwirtschaftlichen Prioritäten geführt, wäre die Aufhebung von Patenten auf COVID-19-Impfstoffe, Medikamente oder Hilfsmitteln der konsequente Weg.“

Deshalb sollte die Produktionstechnologie für sämtliche Impfstoffarten offen geteilt werden, besonders aber für neuartige mRNA-Impfstoffe wie jenen der Mainzer Firma Biontech oder der von Moderna. Impfstoffe der mRNA-Technologie sind wesentlich einfacher und schneller zu produzieren als herkömmliche Impfstoffe, können zudem relativ kostengünstig hergestellt werden und sind, laut Angaben der Hersteller, im Fall von Virusmutationen schneller adaptierbar.

Im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) blockiert die EU zusammen mit anderen reichen Ländern den Antrag auf die Aussetzung von geistigen Eigentumsrechten (Trips-Ausnahmeregel) für die Dauer der Pandemie, der bereits im Oktober 2020 von Indien und Südafrika eingebracht wurde und der von der Mehrheit der WTO-Mitgliedsländer unterstützt wird. Die Entscheidung der US-Regierung vom 9.5.2021 den Verzicht auf den Schutz des geistigen Eigentums für COVID-19-Impfstoffe zu unterstützen, ist ein wichtiger Schritt in Richtung bestehende WTO-Regeln zu beseitigen und Rechtsunsicherheiten und Hindernisse auszuräumen. Sie könnte Staaten neue Optionen bieten, um die Beschränkungen, die die Produktion und Lieferung von COVID-19-Impfstoffen behindern zu beenden.

Wie Ärzte ohne Grenzen formulieren:

Auch Österreich muss nun zum Ende der Pandemie beitragen. Statt zu blockieren und sich auf die Seite der Pharma-Branche zu schlagen – die marktwirtschaftlichen Interessen in den Vordergrund stellt – müssen Österreich und die europäischen Länder ihre Verantwortung, Menschenleben zu retten, wahrnehmen. Impfnationalismus ist angesichts einer Pandemie schlicht zu kurz gegriffen. Sowohl aus Solidarität als auch aus Eigennutz – Stichwort ‚Mutationen vermeiden‘.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

Antrag

Die Stadt Graz begrüßt die mutige Entscheidung der US-amerikanischen Regierung, sich für die TRIPS-Ausnahmeregelung einzusetzen und ersucht die österreichische Bundesregierung auf dem Petitionsweg diesem Vorbild zu folgen und sich innerhalb von EU und WTO für die Aufhebung des Patentschutzes für Coronaimpfstoffe einzusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag

Betrifft: **Bädertarife 2021**

Die heurige Badesaison startet nicht nur wetterbedingt mit einem Sprung ins kalte Wasser – auch die heurige Tarifgestaltung sorgt dafür.

Nach dem Hoppala der Holding Graz bei der Saisonkarte 2021, welche nach berechtigten Protesten aus der Bevölkerung schnell wieder repariert wurde, folgt bei genauem Hinsehen auf die Preisgestaltung den nächsten Bauchfleck. So werden nicht nur die Tageseintrittskarten erhöht, sondern es fehlen auch Nachmittags-, Abend- und auch die gerade für einkommensschwächere Familien beliebte Familienkarte. Der Vergleich mit den Bädertarifen vor Corona zeigt dies deutlich:

	2019	2021
Erwachsene (Tageskarte)	6,80 €	7 € (+3%)
Kinder/Jugendliche (Tageskarte)	3,50 €	4 € (+14,3%)
Familie (Tageskarte)	6,10 € für Erwachsenen 2,60 € für Kind	Gestrichen
Abendkarte (ab 17 Uhr)	4,50 €	Gestrichen
Nachmittag 2 Stunden	4,50 €	Gestrichen

Wenn also eine Familie mit 2 Erwachsenen und 2 Kindern im Jahr 2019 für einen Badetag insgesamt 17,40 € zahlte, muss sie heuer bereits 22 € berappen (+26,4%). Gerade in der jetzigen Zeit, wo viele Familien mit finanziellen Einbußen aufgrund der Corona-Pandemie zu kämpfen haben, ist eine solche unsoziale Preisgestaltung äußerst unangebracht. Es wäre wünschenswert, dass die Holding Graz hier einen weiteren Schritt auf die Grazerinnen und Grazer zugeht.

Antrag

Herr Stadtrat Riegler wird dringend ersucht, an die Holding Graz heranzutreten, um bei der heurigen Tarifgestaltung ermäßigte Abend-, Nachmittags- und vor allem wieder Familienkarten einzuführen sowie alle Preise für Tageskarten an das Niveau von 2019 anzupassen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag

Betrifft: Grazer Unterführungen – Tausch der alten Leuchtstoffröhren in LED

Bei fast allen Grazer Unterführungen wird noch die alte Beleuchtungstechnologie in Form von veralteten, umweltschädlichen und extrem Strom verbrauchenden Leuchtstoffröhre angewendet. Diese verbrauchen um ein Vielfaches mehr Strom als die neue LED-Technologie. Außerdem leuchten sie in den Grazer Unterführungen zudem noch 24 Stunden nonstop, oft sogar mit Doppelröhren um die benötigte Helligkeit zu erreichen. LED hingegen würden weniger Strom verbrauchen, haben eine längere Lebensdauer und können auch gedimmt werden.

Bei der Unterführung beim Südgürtels sowie bei der Bahnunterführung Alte Poststraße wurden bereits LEDs eingebaut. Es ist an der Zeit, dass in Grazer Unterführungen die Beleuchtung auf LED umgestellt wird, um so der Stadt einerseits viel Geld andererseits Energie zu sparen. Die Stadt Graz tauscht zwar seit Jahren nach und nach die Leuchtmittel, dennoch wäre es prioritär, die dauerleuchtenden Lampen in Unterführungen zuerst auszutauschen.

Deshalb stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den Antrag

Antrag

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden höflich ersucht, die dauerleuchtenden Lampen in Grazer Unterführungen auf LED-Technologie aufzurüsten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Petition – Arbeitslosengeld erhöhen

Die Covidzahlen in Österreich und der Steiermark gehen erfreulicherweise zurück. Gleichzeitig werden soziale Verwerfungen in der Bevölkerung sichtbar und gipfeln letztlich in der Frage, wer und wie die immensen Kosten trägt bzw. getragen werden. Die vielgepriesene Sozialpartnerschaft in Zeiten nach der Coronapandemie bekommt wieder Risse.

Die Bundeswirtschaftskammer reitet in letzter Zeit Attacken gegen arbeitslose Kolleg:innen, die unter dem Generalverdacht von „Tachinierer:innen“ oder „Sozialschmarotzer:innen“ gestellt werden. Etliche Wirtschaftskammer-Spitzenvertreter:innen meinen ernsthaft, nur mit harter Hand den Wünschen ihres Klientels nachkommen zu müssen:

Senkung der Arbeitslosenunterstützung auf 40 Prozent, weg mit Zumutbarkeitsbestimmungen und dann Zwangsverschickung betroffener Menschen in Regionen, wo Arbeitskräftemangel herrscht (Stichwort: Tourismus). So wie dies jetzt in der Öffentlichkeit rüberkommt, wirken diese Vorschläge oder „Ideen“ des Wirtschaftsbundes wie Strafkolonien für Menschen, denen man unterstellt, sich nicht genug um Arbeit zu kümmern. Das ist unrichtig und unverschämt. Arbeitslosigkeit ist kein selbst gewähltes, individuelles Verschulden. Wer sie senken will, muss für Jobs sorgen und Anreize schaffen. Hinter jeder arbeitslosen Person steckt ein Schicksal. Drastisch niedrigeres Arbeitslosentgelt vergrößert die Armut im Land. Die Lage am heimischen Arbeitsmarkt bleibt angespannt. Was soll also finanzieller Druck bewirken?

Fakt ist, dass mit 55 Prozent (Höhe der Arbeitslosenunterstützung) nicht 100 Prozent der laufenden Lebenshaltungskosten zu bestreiten sind. Miete, Strom, Essen, Bildung, Kleidung usw. müssen auch arbeitslose Menschen bezahlen. Ökonomen sagen in naher Zukunft empfindliche Teuerungswellen voraus. Das Ziel der Bundesregierung in ihrer Funktionsperiode die Armut zu halbieren, bleibt da mehr als ambitioniert. Derzeit – dies weiß auch die Wirtschaftskammer sehr gut – sind beim AMS rund 81.000 offene Stellen in Gegensatz zu 430.000 Arbeitssuchenden. Das es da nicht ausreichend Facharbeiter:innen gibt, ist bei diesen Zahlen von Arbeitssuchenden schwer

vorstellbar. Wenn dem so ist, muss die Wirtschaftskammer an die Betriebe appellieren, beispielsweise mehr Lehrlinge auszubilden und die heurigen LAP's in der Steiermark, in vielen Berufssparten wie ähnlich der Matura handzuhaben - und große Aktionen zu starten, um freiwillig Menschen in Regionen einzuladen, wo echter Arbeitskräftemangel herrscht. Dies mit „Goodies“ (gutes Gehalt, Kost & Logis, Familiennachzug, Kinderbetreuung...) und nicht in einer Art und Weise von Ernthelfer:innen-Mentalität. Weil sonst könnte man ja auch umgekehrt einfordern, dass sich Firmen dort anzusiedeln haben, wo die Arbeitslosenquote entsprechend hoch ist.

Es bleibt notwendig, auch den ÖGB und die Arbeiterkammer miteinzuladen, um das Absacken in Massenarmut zu verhindern. Dies gilt auch für die politischen Verantwortungsträger der Stadt Graz.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung und insbesondere Bundesminister Martin Kocher dazu auf, von den Plänen, die Rechte von arbeitssuchenden Menschen zu beschneiden, Abstand zu nehmen und hingegen, den Grundbetrag des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des zur Berechnung herangezogenen Netto-Einkommens zu erhöhen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 20. Mai 2021

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Maßnahmen für leistbares, menschenwürdiges und bedürfnisgerechtes Wohnen in Graz

Nicht nur Menschen mit einem Durchschnittseinkommen haben zusehends Probleme, das immer teurer werdende Wohnen zu finanzieren. Erst recht Menschen, die arbeitslos sind oder sich in anderen prekären Lebenssituationen befinden, sehen sich nicht erst seit Ausbruch der Coronapandemie im Zusammenhang mit dem Wohnen mit großen Problemen konfrontiert.

Dabei geht es nicht nur um zu hohe Mieten, Kationen oder Ablösen, sondern beispielsweise auch um den Mangel an barrierefreien Wohnungen, Probleme aufgrund von Krankheiten oder anderen persönlichen Umständen überhaupt eine Wohnung angeboten zu bekommen. Viele Menschen sind aufgrund fehlender Alternativen auf prekäre Wohnungen und Beherbergungsbetriebe angewiesen und leben dort in zum Teil desolaten Verhältnissen. Dafür müssen sie auch viel zu viel bezahlen. Für andere wiederum bedeuten die Anwaltskosten einer Räumungsklage das Aus ihrer Bemühungen, den entstandenen Mietrückstand zu tilgen. Auch für Menschen mit einem nur vorübergehenden Wohnbedarf gibt es zu wenig Angebote. Viele sogenannte Notschlafstellen sind zum Teil nicht nur überfüllt, sondern durch ihre Aufnahmevoraussetzungen nicht für alle Notfälle geeignet.

Das und vieles mehr wurde von InterACT-Werkstatt für Theater und Soziokultur aufgegriffen. Im Rahmen eines mehrstufigen Prozesses in Zusammenarbeit mit Einrichtungen wie etwa der Caritas Wohnungssicherung, der Bundesarbeitsgemeinschaft für Wohnungslosenhilfe, der Wohnplattform Steiermark, des Europäischen Trainings- und Forschungszentrums für Menschenrechte und Demokratie und vielen anderen wurden Lösungsvorschläge erarbeitet und diese am 27. April 2021 im Rahmen einer Dialogveranstaltung mit VertreterInnen der Grazer Stadtpolitik vorgestellt. Dabei waren erfreulicherweise VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen anwesend und stimmten den aufgezeigten Problemen und Lösungen weitestgehend zu.

Selbstverständlich sehen wir als KPÖ ebenfalls den dringenden Bedarf, die genannten Probleme zu diskutieren und als Stadt Graz Lösungsmöglichkeiten im Sinne der vorgestellten Ergebnisse von InterAct zu erarbeiten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Unter Federführung von Wohnungsstadtrat Vizebürgermeister Mario Eustacchio und Sozialstadtrat Kurt Hohensinner wird ein Gremium bestehend aus den Wohnungs- und SozialsprecherInnen der im Gemeinderat vertretenen Parteien einberufen. Dieses Gremium prüft unter allfälliger Beiziehung von städtischen und externen ExpertInnen die Lösungsvorschläge der genannten Dialogveranstaltung vom 27.4.2021.